Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/5685

15. 11. 89

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Erklärung der Bundesregierung zur Polenreise und zur Lage in der DDR

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der 9. November 1989, die Öffnung der Mauer, der Grenzen der DDR, war für Berlin, viele Städte und Dörfer in der Bundesrepublik Deutschland ein Fest der Begegnung und für Europa ein großer Tag.

   Die Öffnung der Mauer, ohne daß die Reformentwicklungen in der DDR zu einem Abschluß gekommen sind, stellt alle in der Bundesrepublik Deutschland vor große Aufgaben.

   Politisch muß ein Prozeß eingeleitet werden, der die Reformbewegung in der DDR unterstützt, indem er die Herausbildung eigener Vorstellungen demokratischen und sozialen Zusammenlebens und wirtschaftliche Veränderungen in der DDR respektiert, ohne sie durch westliche Übernahmeangebote zu dominieren oder durch westliche Interessen zu vereinnahmen.

   Es muß ein Prozeß eingeleitet werden, der eine Auflösung der Blocksysteme vorantreibt und der der gemeinsamen Verantwortung für Ökologie und Demokratie gerecht wird.

2. Die aktuelle Aufgabe besteht darin, für die gegenwärtige Übergangssituation – in der eine institutionell noch nicht reformierte DDR mit offenen Grenzen existiert – menschenwürdige Regelungen für die vielen Gäste aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen.

   Die Bundesregierung wird aufgefordert,

   - für die schnelle Schaffung eines deutsch-deutschen Reisewerkes Sorge zu tragen,
   - die Schaffung eines Hilfswerkes für medizinische Hilfe für DDR-Gäste hier und für die in Not geratenen Krankenhäuser in der DDR zu veranlassen,
   - für den Einsatz zusätzlicher Züge im Reiseverkehr und dreimonatige Freifahrscheine für Bundesbahn und öffentlichen

Nahverkehr für DDR-Gäste zu sorgen, damit der Autoverkehr in der Bundesrepublik Deutschland nicht noch weiter gesteigert wird,

- noch im Haushalt 1990 10 Mrd. DM (wie vom Deutschen Städtetag vorgeschlagen) zu veranschlagen, die direkt den Kommunen für die Aufnahme der Übersiedler/innen, der Aussiedler/innen und Asylsuchenden zur Verfügung gestellt werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

großzügig humanitäre Hilfe an die DDR zu geben – ohne politische und wirtschaftliche Bedingungen –, denn ein „innerer Notstand" in der DDR würde nicht nur die dort gerade begonnene Entwicklung der Reform gefährden, sondern auch für die Bundesrepublik Deutschland unabsehbare Folgen haben.

3. Der „Runde Tisch" gehört in die DDR.

Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages erwarten, daß auf den Dialog in der DDR von seiten der Bundesregierung nicht mit bürokratischen Maßnahmen und Gesprächen hinter verschlossenen Türen geantwortet wird.

Notwendigkeit ist vielmehr eine offene Debatte auf allen gesellschaftlichen Ebenen; insbesondere in den umwelt- und friedenspolitischen Fragen.

4. Im Februar nächsten Jahres findet eine zweitägige Sondersitzung des Deutschen Bundestages zur „Weiteren Gestaltung des Zusammenlebens der beiden deutschen Staaten in Europa" statt.

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- öffentliche Gespräche, an denen auch Vertreter/innen der Reformbewegungen in der DDR teilnehmen, zu führen,
- zu den öffentlichen Gesprächen Vorschläge der Ministerien des Bundes und der Länder, der Parteien, der Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen aufzunehmen. Diese sind der Öffentlichkeit durch Unterrichtung durch die Bundesregierung zugängig zu machen; die Unterrichtung muß eine Woche vor Beginn der zweitägigen Sondersitzung des Deutschen Bundestages im Februar nächsten Jahres vorliegen.

5. Die neuen Möglichkeiten, das deutsch-deutsche Zusammenleben demokratisch und menschlich zu gestalten, sind ein entscheidender Beitrag für den Aufbau eines friedensfähigen Europas und der faktischen Anerkennung einer souveränen Zweistaatlichkeit.

Hierzu gehört auch der Schutz der hier lebenden Ausländer/innen vor Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung.

Die Unterstützung für die Reform in der DDR darf nicht zu Lasten Polens, Ungarns und anderer osteuropäischer Länder gehen. Sie muß offen bleiben für die Herausbildung neuer

Strukturen in Europa, die den großen ökologischen Aufgaben – etwa des Ostseeraumes, des Nordseeraumes usw. – gerecht werden.

Das zukünftige Europa darf seine Verantwortung für die Lösung der globalen sozialen und ökologischen Krise nicht vergessen.

Bonn, den 15. November 1989

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion



Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333